

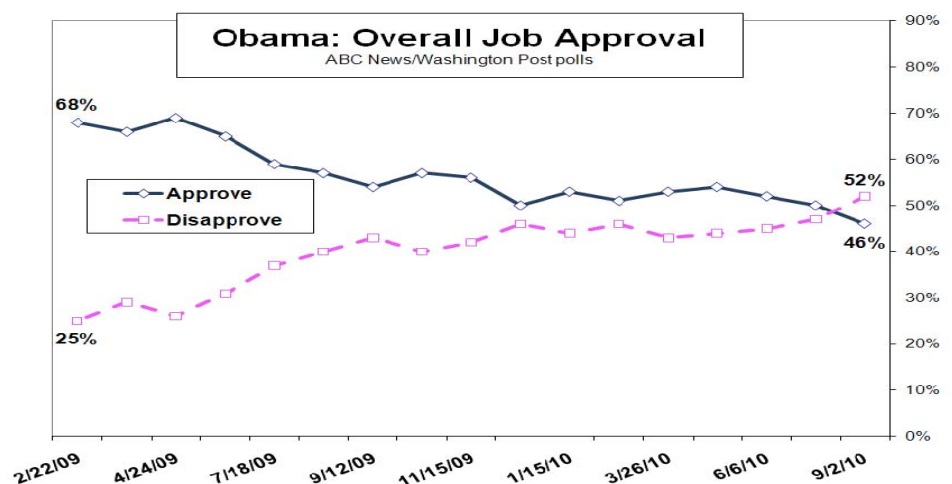
27. September 2010

www.kas.de/usa

www.kas.de

Midterm Elections: Referendum über die Politik von Präsident Obama

Am Dienstag, 2. November 2010, werden in den USA Zwischenwahlen stattfinden. Zur Wahl stehen die 435 Mitglieder des Repräsentantenhauses, 37 (34 für sechs Jahre, drei für kürzere Perioden) der 100 Senatoren, 37 Gouverneure von Bundesstaaten sowie zahlreiche weitere Positionen in Bundesstaaten, Kreisen und Städten. Auch wenn viele Wahlkämpfe von örtlichen Themen und den jeweiligen Kandidaten geprägt sind, so ist die Stimmungslage im Lande derart, dass die Zwischenwahlen vor allem zu einem Referendum über die bisherige Politik von Präsident Barack Obama werden dürften.



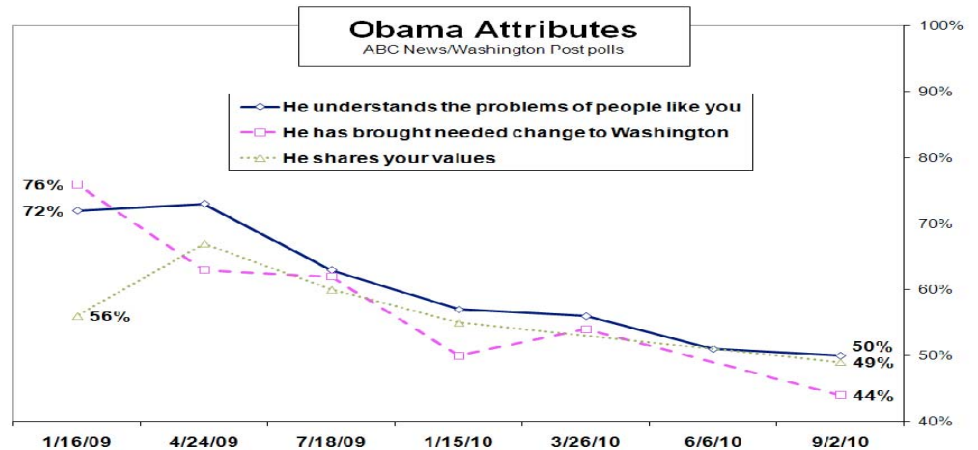
Wähler unzufrieden mit Präsident Obama

Schenkt man den zahlreichen Umfragen über den „Job Approval“ für Präsident Obama Glauben, hat sich die Stimmung im Lande seit seiner Wahl zum Präsidenten vor knapp zwei Jahren dramatisch verschlechtert. Kurz nach seiner Amtseinführung hatten nahezu 70% der Befragten eine positive Meinung von seiner Amtsführung, gegen 25% negative. Bis Ende September 2010 ist die „Job Approval Rate“ auf 45,5% gefallen, die „Disapproval Rate“ auf rund 50% gestiegen. Eine CNN-Umfrage (veröffentlicht am 24. September) kam gar auf eine „Job Approval rate“ von nur noch 42%.

27. September 2010

www.kas.de/usa

www.kas.de



Andere Umfragen zeigen einen ähnlichen Niedergang und veranschaulichen den erstaunlichen Vertrauensverlust, den Präsident Obama innerhalb von nur knapp zwei Jahren erlitten hat.

Überzogene Erwartungen

Vielen, auch Präsident Obama war wohl klar, dass die große Euphorie zu Beginn seiner Amtszeit irgendwann einmal in Enttäuschung umschlagen würde. Zu groß waren die Erwartungen und Hoffnung, die mit seinem Wahlsieg im November 2008 verbunden waren. Aber sein „expectation management“ hat offenbar nicht funktioniert.

Darüber hinaus haben die Wähler, die Barack Obama zum Präsidenten gewählt haben, sehr unterschiedliche Erwartungen mit seiner Amtsübernahme verbunden. Grob unterteilt wurde Obama von drei Haupt-Wählergruppen gewählt: linken Demokraten (progressive Democrats), konservativen Demokraten (blue dog Democrats) sowie unabhängigen Wählern (Independents). Die linken Demokraten erwarteten vom neu gewählten Präsidenten, dass er eine dezidiert „linke“ Agenda umsetzen werde. Die „Public Option“ im Rahmen der Gesundheitsreform war eine der zentralen Forderungen dieser Klientel. Diese wurde nicht erfüllt. Die Frage der Behandlung von Homosexuellen in den Streitkräften (Abschaffung von „don't ask, don't tell“) ist ein anderes Lieblingsprojekt progressiver Demokraten. Bis heute ist noch keine Entscheidung gefallen.

Moderate Demokraten waren dagegen häufig darum bemüht, gerade diese linke Agenda zu verhindern. So scheiterte die Einführung der „Public Option“ am Widerstand dieses Teils der Demokratischen Senatoren und Kongressmitglieder. Den Moderaten oder „blue dog“ Demokraten geht auch die enorme Ausgabensteigerung verbunden mit einer ins Unermessliche ansteigenden staatlichen Verschuldung entschieden zu weit. Sie sind „Fiskal-Konservative“.

Haushaltsdefizit und Verschuldung

Viele Wähler, auch Independents, kritisieren besonders die rapide ansteigenden Staatsausgaben verbunden mit einem dramatischen Anstieg des Haushaltsdefizits. Im Jahr 2010 liegt das Defizit gar bei über 10% des BSP. Ein ausgeglichener Haushalt ist selbst in den nächsten 10 Jahren nicht geplant.

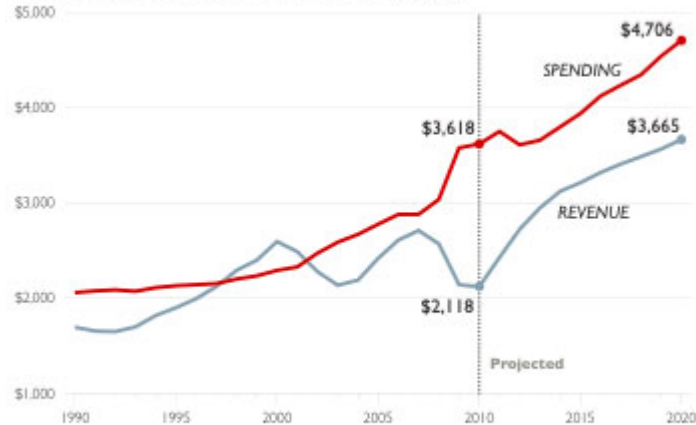
27. September 2010

www.kas.de/usa

www.kas.de

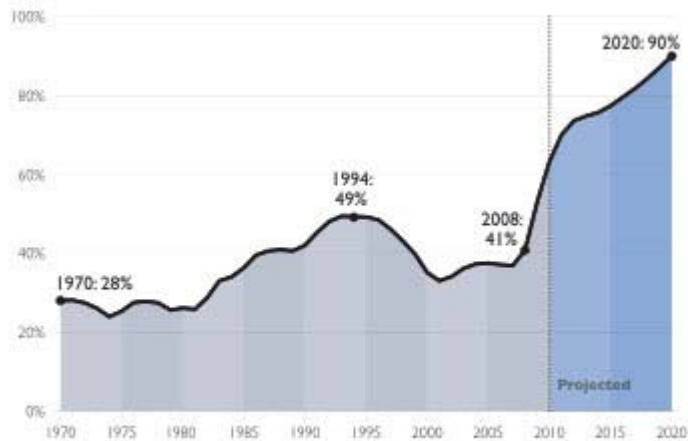
Spending Growth Will Continue to Outpace Revenues

IN BILLIONS OF INFLATION-ADJUSTED DOLLARS (2010)



Source: Office of Management and Budget, Budget of the United States Government, FY 2011, Historical Tables, Table 1.1, at <http://www.whitehouse.gov/omb/budget/Historicals> (April 26, 2010); Congressional Budget Office, "An Analysis of the President's Budgetary Proposals for Fiscal Year 2011," March 2010, at <http://www.cbo.gov/ftpdocs/112xx/doc11280/forfmatters.html> (April 26, 2010).

DEBT AS A PERCENTAGE OF GDP



Source: Office of Management and Budget, Budget of the United States Government, FY 2011, Historical Tables, Table 7.1, at <http://www.whitehouse.gov/omb/budget/Historicals> (April 27, 2010); Congressional Budget Office, "An Analysis of the President's Budgetary Proposals for Fiscal Year 2011," March 2010, at <http://www.cbo.gov/ftpdocs/112xx/doc11280/forfmatters.html> (April 27, 2010).

Entsprechend dramatisch ist der Anstieg der Staatsverschuldung. Im Jahr 2010 beträgt sie rund 60% des BSP. Sie wird nach den Prognosen der Administration bis zum Jahr 2020 auf rund 90% ansteigen. Das Interesse in den USA an der Verschuldungskrise in einigen EU-Staaten ist durchaus auch darin begründet.

USA

DR. NORBERT WAGNER

27. September 2010

www.kas.de/usa

www.kas.de

So steht Präsident Obama zwei Jahre nach seinem Wahlsieg vor seinen Wählern und jede Gruppe, die ihn im Jahr 2008 noch enthusiastisch unterstützt hat, ist heute aus verschiedenen Gründen enttäuscht. Der einen war seine Politik je nach Politikfeld nicht „links“ genug, der anderen war sie zu „links“. Der einen war sie zu „moderat“ der anderen zu „progressiv“. Einige besonders wichtige Reformvorhaben wurden auf diese Weise geradezu zum Ballast für Präsident Obama und die Demokraten. So war die **Gesundheitsreform** zu Beginn der Diskussionen über ihre konkrete Ausgestaltung recht populär. Im Verlauf der Beratungen im Kongress und der Diskussion in der Öffentlichkeit sank die Zustimmung zur Reform kontinuierlich. Als die Reform schließlich beschlossen worden war, war keine Gruppe mehr zufrieden mit dem Ergebnis, wurde sie von einer Mehrheit der Bevölkerung bereits abgelehnt.

Ähnlich erging es Präsident Obama mit seinem **Rettungspaket** für den vom Zusammenbruch bedrohten Finanzsektor oder dem **Stimulus-Paket** zur Ankurbelung der Wirtschaft. Auch hier wurde die ursprüngliche Zustimmung in der Bevölkerung abgelöst von Kritik, steht nun nur noch die Diskussion über die exorbitant wachsende Staatsverschuldung im Vordergrund.

Dies führt schließlich dazu, dass kaum ein demokratischer Kandidat im Wahlkampf zu den Zwischenwahlen die Gesundheitsreform oder das Stimulus-Paket überhaupt noch erwähnt. So unpopulär sind die ursprünglich gefeierten Programme mittlerweile.

Dieses Muster ist auch auf dem Feld der **Außen- und Sicherheitspolitik** erkennbar. Der Kandidat Obama hatte die Bush-Administration noch wegen des Irak-Krieges kritisiert. Der Irak-Krieg sei der „falsche“ Krieg. Der „richtige“ Krieg sei der in Afghanistan“.

Wie im Wahlkampf versprochen, wurde der Kampfeinsatz im Irak beendet (31. August 2010), und konzentrieren sich nun die Anstrengungen auf Afghanistan. Unterdessen ist aber der **Einsatz in Afghanistan** in den USA ähnlich **unpopulär** wie zuvor jener im Irak.

Wie die Veröffentlichung des neuesten Buches von Bob Woodward „Obama's Wars“ belegt, ist die von Obama ursprünglich angeführte Motivation für den Afghanistan-Einsatz offenbar auch in den internen Beratungen im Weißen Haus schon nicht mehr relevant: „I have two years with the public on this“ „I want an exit strategy,“ „I can't lose the whole Democratic Party.“ - so wird Präsident Obama in Bob Woodwards neuem Buch zitiert.

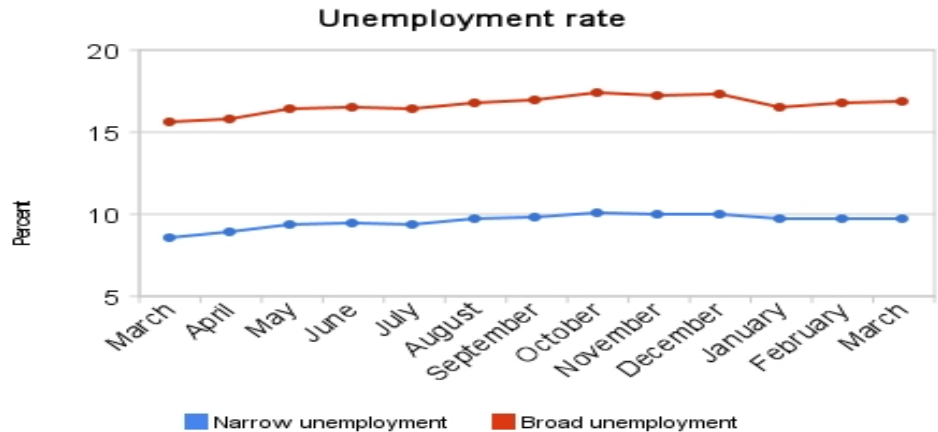
USA

DR. NORBERT WAGNER

27. September 2010

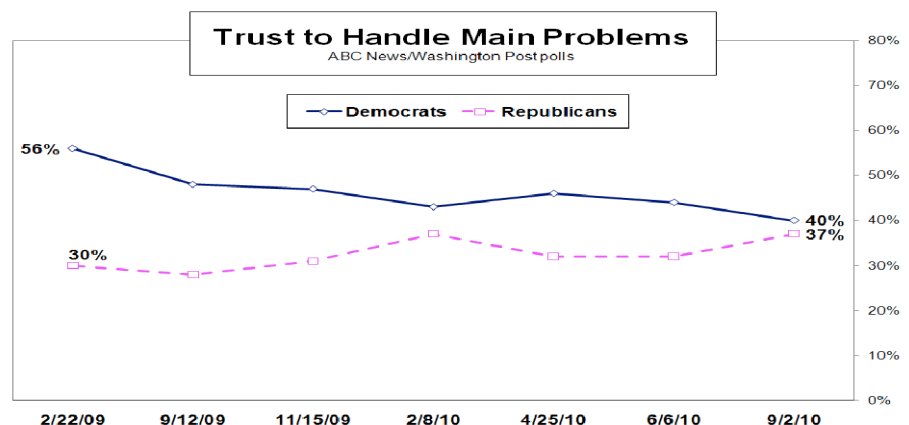
www.kas.de/usawww.kas.de

Auch der versprochene Wirtschaftsaufschwung lässt auf sich warten. Während der Finanzkrise und zur Begründung des riesigen Stimuluspakets versprach Präsident Obama noch, die Arbeitslosigkeit werde mit Hilfe des Stimulus nicht über acht Prozent steigen. Mehrere Millionen neue Arbeitsplätze würden geschaffen. Tatsächlich ist die Arbeitslosigkeit seitdem gestiegen und liegt aktuell bei 9,6%. Bezieht man noch all jene ein, die sich nicht mehr bei den Arbeitsämtern registrieren lassen, aber dennoch arbeitslos sind, beträgt die Arbeitslosenrate mindestens 15%.



Die jüngste Veröffentlichung der Anzahl der US-Amerikaner, die unterhalb der Armutsschwelle leben, rund 44 Mio. von 309 Mio., war für die Mehrheit der Wähler nur eine weitere Bestätigung dafür, dass das Land wirtschaftlich in die falsche Richtung gehe und die Obama-Administration die falschen Rezepte anwende.

Das heißt allerdings nicht, dass die Wähler nun mit fliegenden Fahnen zu den Republikanern überlaufen. Zwar konnten sich die Republikaner aus ihrem Tief nach den Wahlen 2008 wieder ein wenig herausarbeiten. Aber das Vertrauen in ihre politische Arbeit ist in der Bevölkerung keineswegs größer als jenes für die Demokraten.



27. September 2010

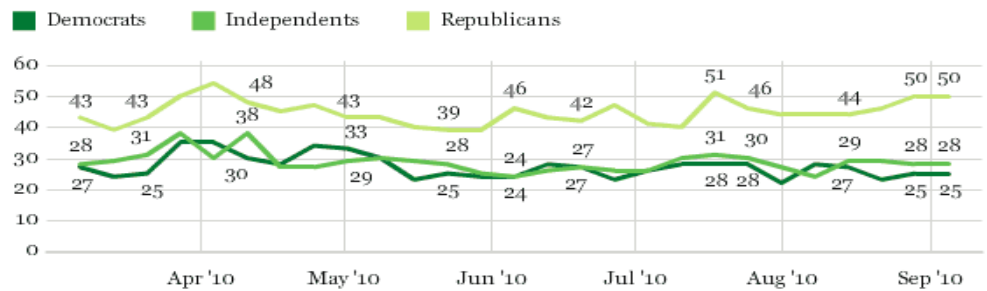
www.kas.de/usawww.kas.de**Opposition gegen Obama stärker motiviert**

Die Republikaner haben indes den großen Vorteil, dass ihre Wähler stärker motiviert sind. Das hat wohl auch mit der wachsenden Bedeutung der Tea Party zu tun. Dagegen könnten viele demokratische und unabhängige Wähler am 2. November zu Hause bleiben und nicht zur Wahl gehen.

Enthusiasm About Voting in 2010 Congressional Elections by Party, Weekly Averages

% Very enthusiastic

Based on registered voters



Gallup Daily tracking

GALLUP®

Tea Party

Zur wachsenden Opposition gegen die Obama-Administration und den demokratisch dominierten Kongress hat in den letzten Monaten auch die Tea Party Bewegung wesentlich beigetragen. Die Tea Party ist, wenn auch mit anderem Vorzeichen, jener Bewegung ähnlich, welche Barack Obama ins Präsidentenamt getragen hat. Sie verfügt nicht über feste Strukturen, keine zentrale Organisation. Sie ist keine Partei, sondern eine Bewegung, eine Ansammlung unterschiedlicher Gruppierungen, die getragen wird und abhängt von der Initiative und dem Engagement der nur lose mit ihr verbundenen Unterstützer. Die Organisationen „Freedom Works“ von Richard Armey, „Americans for Prosperity (Tim Phillips) und „Tea Party Nation/Express/Patriots“ spielen eine Rolle. Vom Cato-Institut stammt ein Großteil des wirtschaftspolitischen Programms. Die meisten Aktivitäten und Initiativen werden jedoch von unten, auf örtlicher Ebene angestoßen und umgesetzt. Die genannten Organisationen zählen über drei Mio. Mitglieder. Sie konnten allein in diesem Jahr bereits 60 Mio. \$ an Spenden einsammeln.

Die Tea Party ist im Grunde entstanden als Gegenreaktion auf die Politik der Demokraten (Präsident und Kongress) seit Anfang 2009. Sie wendet sich vor allem gegen die rapide ansteigenden Staatsausgaben und die damit einhergehende **Verschuldung**. Sie verlangt **niedrigere Steuern** und **weniger Staatsausgaben**. Und sie beklagt insgesamt den wachsenden Staatseinfluss, das „big government“ (Beispiel Gesundheitsreform und Verschuldung). Sie plädiert dagegen für „**small government**“.

„**We’ve come to take our government back**“ (Rand Paul) ist einer der Slogans der Tea Party. Dahinter steht die tief verwurzelte Überzeugung, dass die Bevölkerung nur einen begrenzten Teil der Regierungsgeschäfte an den Staat übertragen hat, dass die Politiker ihre Kompetenzen dennoch immer weiter ausdehnen, dass der Staat immer „größer“ wird. Dieser Fehlentwicklung will die Tea Party Einhalt gebieten („less government“). Sie fordert: „give us our government back“ und verlangt insgesamt „more freedom“.

USA

DR. NORBERT WAGNER

27. September 2010

www.kas.de/usa

www.kas.de



Außerdem wendet sich die Tea Party gegen Homosexuellen-Ehe (same sex marriage), gegen Abtreibung, gegen staatliche Förderung der Stammzellenforschung.

Die Tea Party Bewegung hat vor allem in den letzten Monaten an Einfluss gewonnen, weil es ihr gelang, ihre Kandidaten in einigen republikanischen Vorwahlen durchzusetzen. Zum Beispiel bei den republikanischen Primaries für die Wahl zum Senator von Kentucky. Der vom republikanischen Parteiestablishment unterstützte Kandidat konnte sich gegen den Tea Party Kandidaten Rand Paul nicht behaupten. Paul wird voraussichtlich die Wahl zum Senator von Kentucky gewinnen. In Florida schlug Marco Rubio den ehemaligen Gouverneur Charlie Crist aus dem Feld und liegt nun, obwohl Crist seine Kandidatur als Independent aufrecht erhält, in den Umfragen weit vorn. Weitere Beispiele ließen sich anführen.

Natürlich ist die republikanische Parteiführung darüber nicht begeistert. Außerdem könnte der wachsende Einfluss der Tea Party Bewegung bei der Kandidatenauswahl in einigen Fällen auch „nach hinten losgehen“. So etwa in Delaware. Dort steht der bisher von Joe Biden gehaltene Senatorenposten zur Wahl. Bei den republikanischen Vorwahlen setzte sich die von der Tea Party unterstützte Christine O'Donnell durch. Ihr parteiinterner Gegner hätte voraussichtlich die Wahl gegen den demokratischen Kandidaten gewonnen. O'Donnell hat kaum eine Chance. Für dieses grundsätzliche Dilemma hat die Tea Party noch keine Lösung gefunden. Sie kann zwar in Vorwahlen ihre Anhänger mobilisieren und Kandidaten durchsetzen. Bei den Wahlen selbst muss sie auch die übrigen republikanischen sowie unabhängigen Wähler gewinnen.

Auch **Sarah Palin** spielt in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle. Sie unterstützte in zahlreichen republikanischen Primaries gezielt einen Kandidaten, meist den Kandidaten, der auch von der Tea Party unterstützt wurde, aber nicht in allen Fällen. So unterstützte sie John McCain bei den republikanischen Senats-Vorwahlen in Arizona gegen den Kandidaten der Tea Party. Nach Meinung vieler Beobachter baut Sarah Palin auf diese Weise gezielt das Netzwerk zur Unterstützung ihrer politischen Ambitionen aus.

Der Enthusiasmus und die Begeisterung der Tea Party Anhänger dürfte eine Reihe von Kan-

27. September 2010

www.kas.de/usa

www.kas.de

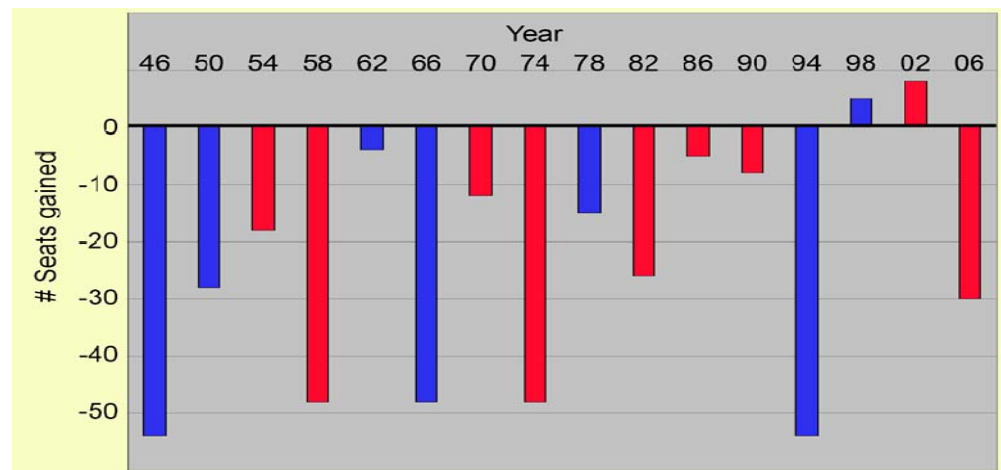
didaten ins Repräsentantenhaus oder den Senat tragen. Interessant wird sein, wie die mit Hilfe der Tea Party Anhänger gewählten Senatoren und Kongressmitglieder mit der republikanischen Partei zusammenarbeiten werden.

Zwischenwahlen: meist verliert die Partei des Präsidenten

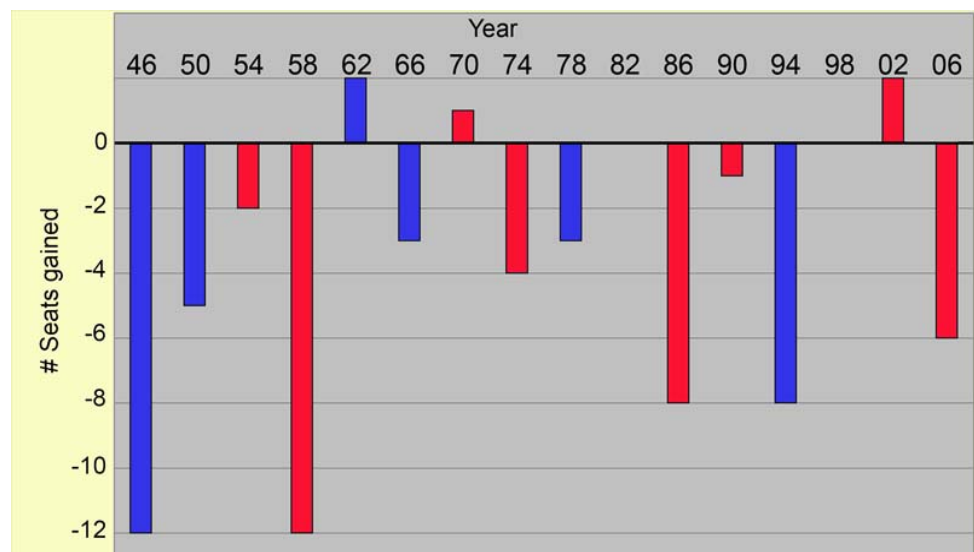
Für die Zwischenwahlen gilt insgesamt, dass die Partei des jeweiligen Präsidenten meist Sitze im Senat und im Repräsentantenhaus verliert. Im Haus hat seit 1946 nur in den Jahren 1998 und 2002 die Partei des Präsidenten per Saldo Sitze hinzugewonnen, in allen anderen Jahren gewann die andere Partei per Saldo Sitze hinzu (Stäbe unterhalb der Nulllinie). Im Senate gilt ähnliches.

Vieles spricht somit dafür, dass auch im Zwischenwahljahr 2010 die Partei des Präsidenten im Saldo Sitze in beiden Kammern an die Republikaner verlieren wird.

House of Representatives



Senate



USA

DR. NORBERT WAGNER

27. September 2010

www.kas.de/usa

www.kas.de

Gegenwärtig zählen die Demokraten im Haus 255 Sitze, die Republikaner 178 (zwei vakant). In den landesweiten Umfragen weisen die Republikaner einen Vorsprung von knapp 4% gegenüber den Demokraten auf. Prognosen von Ende September anhand von Umfragen in den einzelnen Wahlkreisen geben den Republikanern 206 sichere Sitze, den Demokraten 191. 38 Rennen sind noch offen (toss ups). Insgesamt ist im mit einer Mehrheit für die Republikaner zu rechnen.

Senat: Mehrheit offen

Im Senate verfügen die Demokraten gegenwärtig über 59 Sitze (zwei Independents stimmen mit den Demokraten) gegenüber 41 Republikanern. Die Demokraten dürften zwischen fünf und neun Sitze verlieren. Voraussagen geben gegenwärtig den Demokraten 50, den Republikanern 46 Sitze bei vier noch völlig offenen Rennen.

Einige Wahlkämpfe um Sitze im Senat stehen dabei besonders im Rampenlicht:

Zur großen Überraschung liegt Amtsinhaberin Barbara Boxer (D) im demokratisch dominierten Kalifornien nur fünf Prozentpunkte vor ihrer Konkurrentin Carly Fiorina (R).

Amtsinhaber Michael Bennet (D) liegt im ebenfalls demokratisch geprägten Colorado sogar zwei Punkte hinter seinem Herausforderer Ken Rock (R).

Im Rennen um den ehemaligen Senatssitz von Barack Obama in Illinois liegt Mark Kirk (R) zwei Punkte vor Alexi Giannoulias (D).

Senate Majority Leader Harry Reid (D) liegt in Nevada nur knapp vor Sharron Angle (R). Es wäre eine Sensation, wenn der bisherige Mehrheitsführer der Demokraten im Senat seinen Sitz verlöre.

Der bekannte Senator Russ Feingold (D) liegt in Wisconsin acht Punkte hinter seinem Herausforderer Ron Johnson (R).

In Pennsylvania liegt Pat Toomey (R) sechs Punkte vor seinem Mitbewerber Joe Sestak (D), der in den demokratischen Vorwahlen den Amtsinhaber Senator Arlen Specter (gegen den Widerstand des Partiestabliments inkl. Präsident Obama) aus dem Feld geschlagen hat.

Insgesamt werden aller Voraussicht nach im **Senat Demokraten und Republikaner** mehr oder weniger **gleichauf** liegen. Keine der beiden Seiten wird über eine filibustersichere Mehrheit (60) verfügen. Gesetzesvorhaben könnten dann im Senat zukünftig nur im Rahmen eines Kompromisses zwischen Demokraten und Republikanern beschlossen werden.

Offen ist allerdings, welche Seite über die einfache Mehrheit verfügen wird, d.h. den Senate Majority Leader und die Ausschussvorsitzenden stellen wird.

Gouverneurswahlen: Republikaner +6

Auch bei den Gouverneurswahlen deutet alles auf Zugewinne für die Republikaner hin. Bisher halten die Demokraten 26, die Republikaner 24 Gouverneursposten. Besonders viele davon (37) stehen diesmal zur Wahl. Die Republikaner könnten mindestens vier bis zu möglicherweise zehn hinzugewinnen. Zugewinne sind dieses Mal leichter zu realisieren, weil bei 25 der 37 bisherigen Amtsinhaber nicht mehr antreten oder antreten darf (term limit). Aber auch die politische Stimmung im Lande hilft den republikanischen Kandidaten.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

USA

DR. NORBERT WAGNER

27. September 2010

www.kas.de/usa

www.kas.de

Selbst im „sehr demokratischen“ Kalifornien liegt der demokratische Kandidat Jerry Brown nur noch 2% vor Meg Whitman von den Republikanern.

Im eher republikanisch geprägten Florida dagegen liegt Alex Sink (D) knapp vor Rick Scott (R).

Völlig offen ist das Rennen in Minnesota zwischen Mark Dayton (D) und Tom Emmer (R).

Ähnlich in Vermont zwischen Peter Shumlin (D) und Brian Dubie (R).

In Pennsylvania ist gar mit einem republikanischen Gouverneur zu rechnen, Tom Corbett (R) liegt deutlich vor Don Onorato (D).

Auch in Ohio dürfte der neue Gouverneur ein Republikaner sein, John Kasich (R) liegt klar vor Amtsinhaber Ted Strickland (D).

Wie auch immer die Zwischenwahlen am 2. November ausgehen werden, am 3. November 2010 wird der Wahlkampf für die Präsidentenwahlen am 6. November 2012 beginnen.